

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

29. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages	2
II. Schwerpunkte der Jahrestagung	2
III. Eröffnung der Jahrestagung	2
IV. Erster Sitzungsabschnitt: „Vision 2030: Zusammenarbeit in der Ostseeregion, sichere und florierende Entwicklung – Gemeinsam effektive und nachhaltige Lösungen für die Zukunft“	3
V. Zweiter Sitzungsabschnitt: „Vision 2030: Bewahrung unserer Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen“	3
VI. Dritter Sitzungsabschnitt: „Vision 2030: Migration und Integration – Gemeinsame Lösungen auf der Grundlage gegenseitiger Information und bewährter Praktiken finden“	4
VII. Abschluss der Jahrestagung	5
VIII. Verabschiedete Entschließung	7

I. Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages

Die 29. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) fand am 24. August 2020 statt. Da Litauen derzeit die Präsidentschaft in der BSPC innehat, war die Jahrestagung in Vilnius, Litauen, geplant, aber wegen der Folgen der COVID-19-Pandemie tagte diese erstmals virtuell. Für den Deutschen Bundestag nahmen folgende Delegationsmitglieder teil:

Abgeordneter **Johannes Schraps** (SPD), Delegationsleiter

Abgeordneter **Peter Stein (Rostock)** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter

Abgeordnete **Petra Nicolaisen** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Enrico Komning** (AfD)

Abgeordnete **Gyde Jensen** (FDP)

II. Schwerpunkte der Jahrestagung

Die Jahrestagung der BSPC stand unter dem Motto „Vision 2030: Handeln für die Zukunft des Ostseeraums“ und war in drei Sitzungsabschnitte untergliedert. Der erste Sitzungsabschnitt beschäftigte sich mit der Zusammenarbeit im Ostseeraum, der zweite Sitzungsabschnitt war dem Schutz der Umwelt und der Meere gewidmet und im dritten Sitzungsabschnitt wurde der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zu Migration und Integration vorgestellt. Der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf jeden Aspekt der Zusammenarbeit im Ostseeraum war ständiger Bestandteil der Diskussion. Erwähnung fanden auch die Situation in Belarus nach der Wiederwahl von Präsident Lukaschenko, das Vorgehen gegen die Oppositionsbewegung und deren Forderung nach demokratischen Neuwahlen.

Am 20. August 2020 tagte ebenfalls erstmals virtuell der Redaktionsausschuss der Konferenz. Der Bundestag ist in diesem Gremium durch seinen Delegationsleiter Abgeordneten **Johannes Schraps** vertreten. Der Ausschuss beriet über die 27 eingereichten Änderungs- und Ergänzungsanträge, die zu dem vom Ständigen Ausschuss erarbeiteten Entschließungsentwurf eingegangen waren. Die von der Bundestagsdelegation eingebrachten Vorschläge zum Thema Munitionsaltlasten in der Ostsee wurden übernommen.

Auseinandersetzungen gab es im Redaktionsausschuss insbesondere zu zwei von der russischen Delegation eingebrachten Änderungsanträgen. In Absatz 4 forderte die Delegation die Wiederaufnahme von Treffen der Regierungschefs der Ostseeregion, die seit der Krim-Annexion jedoch ausgefallen und wegen der anhaltenden Situation in der Ukraine unwahrscheinlich sind. Der zweite Konflikt betraf Absatz 13, wo von der russischen Delegation explizit das Vorhaben Polens kritisiert wurde, einen Kanal zur Ostsee durch ein Naturschutzgebiet zu bauen. In beiden Fällen konnte durch Vorschläge des Abgeordneten **Johannes Schraps** eine Kompromissformulierung gefunden werden, so dass die Konferenz die Entschließung einstimmig am 24. August 2020 annahm.

III. Eröffnung der Jahrestagung

Die Konferenz wurde im Namen des Präsidenten der Republik Litauens, **Gitanas Nauseda**, von seinem Berater für Außenpolitik, **Sigitas Mitkus**, eröffnet. Er unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, zu der auch Belarus gehöre. Die Entwicklung nach der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 sei besorgniserregend, da die Oppositionsbewegung brutal niedergeschlagen werde. Er verwies auf Proteste, die ganz Belarus erfasst hätten, erinnerte an die Menschenkette, die 50.000 Litauer am 23. August 2020 von der Hauptstadt Vilnius bis zur 45 km entfernten belarussischen Grenze als Zeichen der Solidarität gebildet hätten und forderte Sanktionen gegen die Verantwortlichen, freie Wahlen, Rede- und Meinungsfreiheit in Belarus. Er schlug vor, dass die Konferenzentschließung mit ihrer Vision 2030 auch ein freies und demokratisches Belarus miteinbeziehe.

Der Präsident des litauischen Parlaments, **Viktoras Pranckietis**, rief dazu auf, gerade in Krisenzeiten die interregionale Zusammenarbeit zu verstärken. Die aktuellen Probleme könnten nur gemeinsam gelöst werden. Auch er wies auf die Situation in Belarus hin und sagte, dass es eine friedliche Ostseeregion nur mit einem demokratischen Dialog aller Partner geben könne.

Danach sprach der EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, **Virginijus Sinkevicius**, über Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Noch immer würden in großem Umfang Abwässer und Müll in die Ostsee eingeleitet, weshalb die EU-Kommission neue Gesetze zum Schutz der Meere auf den Weg bringen wolle. Der Bericht der Helsinki-Kommission (HELCOM) bescheinige zwar einige Erfolge, allerdings gebe es bis zur Erreichung der Klimaziele noch viel zu tun. Die EU-Strategie zur Sauberhaltung der Meere sei ein guter Beitrag hierfür und insgesamt hätten der Schutz der Umwelt und der Meere sowie die Arterhaltung in den Meeren Priorität bei der Arbeit der EU-Kommission.

BSPC-Präsident **Valerijus Simulik** berichtete über die litauische BSPC-Präsidentschaft 2019 bis 2020, die seit März 2020 sehr stark durch die Pandemie beeinträchtigt gewesen sei. Dennoch seien die in den letzten Jahren beschlossenen Ziele der BSPC erreicht worden, wie der Abschluss der Arbeitsgruppe Migration und Integration oder die Weiterbehandlung der Themen Munitionsaltlasten und Verschmutzung der Ostsee. Der auf der Sitzung im Juni 2020 vom Ständigen Ausschuss beschlossene Bericht über Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der COVID-19-Krise sei ein gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten. Insgesamt habe die Pandemie gezeigt, dass die parlamentarische Dimension der Kooperation wichtig sei, denn zu Beginn der Pandemie habe der Fokus zunächst auf nationalen Strategien zur Eindämmung des Virus gelegen. Danach hätten aber alle die Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit erkannt, da die Folgen der Pandemie nur gemeinsam überwunden werden könnten. Das Motto der Konferenz „Vision 2030“ solle eine sichere und blühende Region, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit sowie gleiche Möglichkeiten für alle darstellen.

IV. Erster Sitzungsabschnitt: „Vision 2030: Zusammenarbeit in der Ostseeregion, sichere und florierende Entwicklung – Gemeinsam effektive und nachhaltige Lösungen für die Zukunft“

Der erste Sitzungsabschnitt wurde vom schwedischen Abgeordneten und stellvertretenden BSPC-Präsidenten **Pyry Niemi** geleitet.

Neris Germanas, stellvertretender Außenminister der Republik Litauen, stellte die Prioritäten des litauischen Vorsizes im Ostseerat, den Litauen am 1. Juli 2020 von Dänemark übernommen hatte, vor: grüner und maritimer Tourismus als wichtiger Aspekt für die Wiederbelebung der regionalen Wirtschaft, Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen, Katastrophenschutz in der Region, Stärkung der Widerstandsfähigkeit in der Region gegenüber größeren Notfällen und Katastrophen, Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften in der Region und Verhütung von Gewalt gegen Kinder.

Für die vorherige dänische Präsidentschaft im Ostseerat erläuterte **Ove Ullerup**, Außenministerium des Königreichs Dänemark, die Aktivitäten während des Vorsizes von 2019 bis 2020. Am 19. Mai 2020 hätten sich die Außenminister aller elf Mitgliedstaaten und ein hochrangiger Vertreter der EU zu einer Videokonferenz getroffen. Die Beteiligung sämtlicher Außenminister sei ein starkes Zeichen der politischen Unterstützung für die beabsichtigte Reform des Ostseerates. Diese habe sich zum Ziel gesetzt, die Verfahren im Ostseerat effizienter zu gestalten, für die Menschen der Ostseeanrainer konkreteren Nutzen zu generieren sowie Synergien mit anderen regionalen Organisationen zu erhöhen. Mit der von den Außenministern am 19. Mai 2020 verabschiedeten Bornholm-Erklärung seien hierfür die Weichen gestellt worden. Er schlug eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der amtierenden Ostseerat-Troika, Dänemark, Litauen und Norwegen, vor.

Dag Wernø Holter, Außenministerium des Königreichs Norwegen, bestätigte, dass der künftige norwegische Vorsitz von 2021 bis 2022 die Reform des Ostseerates weiter umsetzen und die Bornholm-Erklärung befolgen werde.

V. Zweiter Sitzungsabschnitt: „Vision 2030: Bewahrung unserer Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen“

Der zweite Sitzungsabschnitt wurde durch die russische Abgeordnete und ehemalige BSPC-Präsidentin **Valentina Pivnenko** eröffnet. Sie machte darauf aufmerksam, dass aus russischer Sicht eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus unzulässig sei. Es gebe von Außen Versuche, die Situation in Belarus zu destabilisieren. Belarus werde seine Angelegenheiten selbst lösen und die BSPC, bei der Belarus weder Mitglieds- noch Beobachterstatus habe, sei kein Forum für diese Diskussion.

Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und derzeitige HELCOM-Vorsitzende, **Svenja Schulze**, berichtete in ihrer Videobotschaft über die Ziele des deutschen HELCOM-Vorsitzes. Eines sei der verbesserte Schutz der Ostsee, um so die Zukunft der ganzen Region zu sichern. Die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie biete die Möglichkeit großer sozialer und ökologischer Fortschritte im Bereich Klima- und Umweltschutz. Ein weiteres Ziel sei die Verabschiedung des aktualisierten HELCOM Baltic Sea Action Plans auf dem Ministertreffen im Oktober 2021, der die wissenschaftliche Basis für Maßnahmen der HELCOM darstelle und an die Herausforderung der nächsten Jahre angepasst werden müsse. Hinsichtlich der Beseitigung von Munitionsaltlasten sei es das Ziel des deutschen HELCOM-Vorsitzes, gemeinsames Handeln der Anrainerstaaten zu fördern. Auch im Bereich der Meeres-Governance, dem System für das Management und die nachhaltige Nutzung der Meere, strebe man eine enge Kooperation aller Beteiligten in und zwischen den einzelnen Regionen an.

Der russische Abgeordnete **Oleg Nilov** legte in seinem Beitrag den Fokus auf den schädlichen CO₂-Ausstoß bei Waldbränden, insbesondere in Sibirien. Besorgniserregend sei, dass sich die Grenze immer weiter nach Norden verschiebe und dadurch mittlerweile auch Permafrostböden brennen würden, was zu unvorhersehbaren Risiken führe. Er appellierte daher, bereits bestehende Maßnahmen weiterzuentwickeln und regte den Abschluss eines Ostseeabkommens zur Minimierung des CO₂-Ausstoßes durch Waldbrände an, wodurch Mittel mobilisiert werden könnten, um Verluste zu minimieren und zu kompensieren. Er schloss seinen Beitrag mit der Bemerkung, dass ein Leben in Frieden und eine saubere Umwelt bedeutender seien als Wahlen oder Menschenrechte und „überflüssige Anmerkungen zu Fragen der Demokratie“ auf der BSPC nicht vorgetragen werden sollten.

Anschließend stellte Abgeordneter **Peter Stein**, BSPC-Berichterstatter für Munitionsaltlasten, seinen Zwischenbericht zu Munitionsaltlasten, Wracks und Geisternetzen in der Ostsee vor. Der Bericht sei in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und im Austausch mit Akteuren aus Politik, Verbänden und der Industrie entstanden und gebe einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschungsprojekte und die Entwicklungen im Bereich der Detektions- und Bergetechnik. Es werde deutlich, dass man zwar auf dem richtigen Weg sei, die Räumung des Ostseebodens aber noch zu langsam erfolge. Es gehe aktuell darum, dass sich die Ostseeanrainer auf eine Form der Finanzierung und des gemeinsamen Vorgehens einigten, um die bereits bestehenden Möglichkeiten schneller umzusetzen. Die historische Verantwortung sowie die aktuelle Rechtslage seien in allen Mitgliedstaaten unterschiedlich, daher schlage er einen freiwilligen Geberfonds vor, dessen Volumen bei etwa 500 Millionen Euro liegen könne. Dieser könne bei der HELCOM angesiedelt sein und solle die private maritime Wirtschaft mit einbinden, um so die aktuellen technologischen Weiterentwicklungen direkt nutzen zu können. Die Ostseeregion könne hinsichtlich Wissenschaft, Nachhaltigkeit und Wertschöpfung eine internationale Pilotregion für den richtigen Umgang mit Munitionsaltlasten, Wracks und Geisternetzen werden. Er schloss mit der Feststellung, dass die von der Bundestagsdelegation eingebrachten Änderungsanträge zur Entschließung dem Thema einen noch deutlicheren gemeinsamen An Schub geben würden.

In der sich anschließenden Diskussion sprach sich das polnische Delegationsmitglied **Kacper Plażyński** bezüglich der Kosten für die Munitionsbergung dafür aus, dass die hierfür Verantwortlichen die zur Räumung erforderlichen Mittel bereitstellen müssten. Abgeordneter **Peter Stein** wies darauf hin, dass die historische Verantwortung nicht immer die aktuelle Zuständigkeit abbilde und der von ihm vorgeschlagene freiwillige Geberfonds, an dem die Länder sich nach dem Grad ihrer Verantwortlichkeit beteiligen könnten, dieses Problem lösen könne. Abgeordneter **Johannes Schraps** machte deutlich, dass es sich bei der Problematik der Munitionsaltlasten um ein wichtiges Thema handle und man sich nun nicht in Details verlieren, sondern vielmehr aktiv nach Problemlösungen und Möglichkeiten der Finanzierung suchen solle. Die Parlamente seien deshalb dazu aufgefordert, diesbezüglich Druck auf die Regierungen auszuüben. Hierbei habe man bereits einen Erfolg erzielt, da unter der jetzigen deutschen HELCOM-Präsidentschaft das Thema aufgegriffen und in die Agenda aufgenommen worden sei.

VI. Dritter Sitzungsabschnitt: „Vision 2030: Migration und Integration – Gemeinsame Lösungen auf der Grundlage gegenseitiger Information und bewährter Praktiken finden“

Der dritte Sitzungsabschnitt wurde von **Carola Veit**, Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft, ehemalige BSPC-Präsidentin und stellvertretende Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe Migration und Integration, geleitet. Sie verwies auf den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe, der auf der Homepage der BSPC veröffentlicht worden sei. Zunächst informierte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der schwedische Abgeordnete **Hans Wallmark**, über deren dreijährige Arbeit. Er betonte, dass alle Mitglieder viel von und miteinander gelernt hätten und schlug vor, dass die Parlamente weiterhin bewährte Verfahren verbreiten und austauschen sollten, zum Beispiel im Hinblick

auf die Unterstützung der Beschäftigung und Integration bestimmter Migrantengruppen. Der vielfältige Charakter der Integration sollte auch weiter untersucht werden, insbesondere in Bezug auf Aspekte des Arbeitsmarktes, der Sprache, der sozialen Beziehungen und der kulturellen Anpassung. Ausführliche Informationen zur Situation der Migration und Integration in allen BSPC-Mitgliedstaaten und -regionen sowie politische Empfehlungen zur Weiterführung der Arbeit seien in dem Abschlussbericht zusammengestellt.

Dmitry Demidenko, stellvertretender Abteilungsleiter Migration im Ministerium für Innere Angelegenheiten der Russischen Föderation, berichtete über die Migrationsstrategie Russlands im Allgemeinen und ging insbesondere auf Maßnahmen während der COVID-19-Pandemie ein. Um Einreisen zu erleichtern, sei im letzten Jahr das elektronische Visum eingeführt worden. Durch die COVID-19-Pandemie und daraus folgende Grenzschließungen hätten viele Migranten unabsichtlich in Russland bleiben müssen. Die Regierung habe veranlasst, dass ihre Dokumente verlängert worden seien, so dass sich niemand illegal im Land aufgehalten habe. Er skizzierte, dass der russische Präsident eine umfassende Reform des Migrationsregimes und der Einbürgerung angeordnet habe. Die Regeln für den Aufenthalt seien vereinfacht und die Bedingungen für die Einhaltung der Gesetze klarer und praktikabler gemacht worden. Er erinnerte die Delegierten daran, dass Russland eines der Zentren globaler Migrationsströme sei und dass jedes Jahr 16 bis 17 Millionen ausländische Bürger in das Land kämen, wobei es im laufenden Jahr bereits etwa 10 Millionen seien.

Vladlena Avdeeva, Vertreterin der NGO „Stellit“ aus St. Petersburg, sprach über die Rolle der Online-Technologien bei der Beteiligung von Migrantenkindern am Menschenhandel.

Annika Annerby Jansson, Präsidentin des Skåne Regional County Council, führte aus, wie die Integration durch Arbeit auf lokaler Ebene unterstützt werde. Sie berichtete, Informationen zu COVID-19 würden in Skåne so weitergegeben, dass Migranten die gleichen Informationen wie die lokale Bevölkerung erhielten und somit nicht während der Pandemie benachteiligt würden.

Die Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft, **Carola Veit**, dankte schließlich den Mitgliedern der BSPC-Arbeitsgruppe Migration und Integration. Sie informierte, dass Vertreter des Europäischen Jugendforums an den Sitzungen in Hamburg, Schwerin und Oslo teilgenommen hätten. Insgesamt sei die Arbeitsgruppe erfolgreich beendet.

VII. Abschluss der Jahrestagung

Im letzten Teil der Konferenz wurden die Berichte der BSPC-Berichterstatter vorgestellt. Das Mitglied der Delegation aus Åland, **Jörgen Pettersson**, und **Jochen Schulte**, Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, stellten ihren gemeinsamen Bericht zur maritimen Politik vor. **Beate Schlupp**, Vizepräsidentin des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, sprach über ihre Funktion als Beobachterin bei der HELCOM und nachhaltigen Tourismus.

Die Konferenz beschloss die Einsetzung einer neuen Arbeitsgruppe zu Klimawandel und Biodiversität mit der schwedischen Abgeordneten **Cecilie Tenfjord-Toftby** als Vorsitzende. Der Delegationsleiter Abgeordneter **Johannes Schraps** wird dieser Arbeitsgruppe als ordentliches Mitglied angehören, Abgeordneter **Peter Stein** wird sein Stellvertreter.

Anschließend verabschiedete das Plenum im Konsens die EntschlieÙung. Diese war zuvor im Redaktionsausschuss erarbeitet worden. Insgesamt hatten 27 Änderungsanträge vorgelegen.

Gefordert wird mit der EntschlieÙung, die nach der Jahrestagung traditionell an die Regierungen der Mitgliedstaaten übermittelt wird, unter anderem, dass die Ostseeregion eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft sowie der intensiven Zusammenarbeit bleibt. Die gewaltigen Aufgaben und Maßnahmen, insbesondere zur Eindämmung und Überwindung der COVID-19-Krise, erforderten mehr denn je die interparlamentarische Zusammenarbeit. Anstelle rein nationaler Ansätze seien zur Überwindung der Pandemiefolgen, zur Bewahrung der Umwelt für künftige Generationen, zur Entwicklung der Digitalisierung sowie zur Migration und Integration gemeinsame Lösungen und eine umfassende grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig.

Weitere Informationen zur 29. Jahrestagung und Präsentationen einzelner Redner sind auf der BSPC-Website abrufbar.

Am Ende der Konferenz wurde der schwedische Abgeordnete **Pyriy Niemi** zum neuen BSPC-Präsidenten gewählt. Er stellte das Arbeitsprogramm der BSPC bis zum August 2021 vor, das sich dem Thema einer nachhaltigen Demokratie und der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen widme. Hier sollen die Bedeutung der

Demokratie und demokratischer Institutionen, die enge Zusammenarbeit sowie ökologische und soziale Nachhaltigkeit unterstrichen werden. Aspekte dabei seien eine friedliche und vertrauensvolle Nachbarschaft, neue Formen des politischen Engagements durch Einbindung der Jugend und der Zivilgesellschaft, die Demokratie in einer sich ändernden Medienlandschaft, die Herausforderungen durch den demographischen Wandel und der Umweltschutz. Im kommenden Jahr findet die 30. Jahrestagung der BSPP vom 29. bis 31. August 2021 in Stockholm statt.

Berlin, den 28. September 2020

Johannes Schrapf
Delegationsleiter

VIII. Verabschiedete Entschließung

Entschließung der Konferenz

angenommen von der digitalen 29. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) am 29. August 2020

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die am 24. August 2020 online zusammengekommen sind,

- vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen die nachdrückliche Forderung und Erwartung bekräftigend, dass sich alle Ostseeanrainerstaaten auch in Zukunft nach Kräften dafür einsetzen, dass die Ostseeregion eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft sowie der intensiven Zusammenarbeit bleibt. Gerade in diesen Krisenzeiten ist die Basis unserer Zusammenarbeit, die auf dem Völkerrecht, gegenseitigem Verständnis, Vertrauen, demokratischen Werten, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten sowie Chancengleichheit für alle beruht, von besonderer Bedeutung.

Die COVID-19-Pandemie stellt darüber hinaus die Parlamente vor besondere Herausforderungen: Die dringend erforderliche interparlamentarische Zusammenarbeit steht vor der besonderen Herausforderung, dass parlamentarische Versammlungen per se durch eine große Anzahl von Teilnehmern gekennzeichnet sind.

Aber insbesondere jetzt und im Zuge der COVID-19-Pandemie ist es nicht nur notwendig, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen so intensiv wie möglich zu gestalten, sondern auch, dafür zu sorgen, dass vor allem die gewählten Vertreter ihrer Völker auch künftig eng und im Geiste des Vertrauens zusammenarbeiten, um dem künftigen Regierungshandeln und der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern Impulse zu verleihen. Genau so können und müssen die Impulse entstehen, die die demokratischen Grundlagen sowie die parlamentarische Dimension der beteiligten Länder konsolidieren. Die gewaltigen Aufgaben und Maßnahmen zur Eindämmung und Überwindung der Krise, die jetzt anstehen und in allen Ländern angegangen werden müssen, erfordern mehr denn je zuvor die parlamentarische Debatte und Zusammenarbeit;

- die Erfolge bei der Fortsetzung der praktischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Rahmen des Ostseerates, der Nördlichen Dimension, der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland sowie des Programms Interreg Baltic Sea Region mit Dankbarkeit zur Kenntnis nehmend;
- unter Begrüßung der Bemühungen der dänischen Ostseeratspräsidentschaft und der Erklärung von Bornholm vom 19. Mai 2020, die in Form einer Videokonferenz mit den Außenministern Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Islands, Lettlands, Litauens, Norwegens, Polens, Russlands und Schwedens und einem hochrangigen Vertreter der Europäischen Union stattfand, da der Ausbruch der COVID-19-Pandemie ihr Zusammentreffen in Bornholm (Dänemark) verhinderte;
- unter Begrüßung der Tatsache, dass die neue, vom Ostseerat geschaffene Plattform der Baltic Sea Youth ein Hauptanliegen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorangebracht hat, nämlich die Stärkung der Teilhabe, Vertretung und Beteiligung von jungen Menschen an Entscheidungsprozessen in der gesamten Ostseeregion;
- unter Billigung der detaillierten Erklärungen der Regierungen der Ostseeanrainerstaaten zur Entschließung der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz und zur intensiven Unterstützung der Aufrufe der Ostseeparlamentarierkonferenz zum Handeln und zur Erzielung von Fortschritten in Bezug auf die Zusammenarbeit in der Ostseeregion;
- vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen, der Bewahrung unserer Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen, der Entwicklung der Digitalisierung sowie des Themas Migration und Integration den Schwerpunkt auf die Ostseekooperation legend;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen

1. die jeweilige Zusammenarbeit mithilfe der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Gesundheit und Soziales fortzuführen, um die Folgen der COVID-19-Pandemie möglichst effektiv abzumildern, und diese

- Zusammenarbeit zu intensivieren, um künftige Pandemien auf möglichst effektive Weise mithilfe des Austauschs von Informationen und bewährten Verfahren zu bekämpfen;
2. den Aufbau sektorübergreifender und grenzüberschreitender Referenzprojekte für die Zusammenarbeit und Innovation im Bereich der Gesundheitswissenschaften mit besonderem Schwerpunkt auf Frühwarnung und Prävention sowie ausreichender Pandemiebekämpfung zu intensivieren, um die öffentliche Gesundheit auf hohem und nachhaltigem Niveau zu fördern und die Ostseeregion zu einer weltweit führenden und prosperierenden Metaregion in Bezug auf die Gesundheit zu machen;
 3. Strategien und Projekte im Bereich der digitalen Ferndiagnose zu stärken; diese beinhalten die Erfassung von e-Medizin-Initiativen, durch die Gesundheitsinitiativen in die Wohnungen der Menschen gebracht und soziale Fernbetreuung ermöglicht werden, wobei die persönlichen Kontakte durch virtuelle Lösungen ersetzt werden können, und die Investitionen im Bereich e-Gesundheit auszubauen, auch mit Blick auf deren Nutzung bei künftigen Pandemien;
 4. umfassende und systemische Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion fortzuführen und die Resilienz der Ostseeregion in einer sich verändernden Welt zu stärken. Diese Schritte können die Erarbeitung eines strategischen Dokuments für die Entwicklung der Ostseeregion bis 2030 beinhalten sowie die Bewertung der Frage, wie Treffen der Regierungschefs der Ostseeregion wieder aufgenommen werden könnten, und darüber hinaus die Etablierung einer gestrafften vertikalen Zusammenarbeit in der Region, die nationale, regionale und lokale Ebenen umfassen würde;
 5. den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit im Rahmen der Politik der Nördlichen Dimension und ihrer Partnerschaften fortzusetzen, die Umsetzung der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland sowie des Programms *Interreg Baltic Sea Region* voranzubringen und sich aktiv für die Entwicklung der neuen Generation dieser Programme für den Zeitraum von 2021 bis 2027 einzusetzen sowie die umfassende Einbeziehung aller Partner in verschiedenen Kooperationsformaten in der Ostseeregion zu fördern;
 6. die Plattformen von bereits umgesetzten Projekten im Rahmen des Ostseerates zu nutzen, um die bestmöglichen Verfahren der Länder der Region in Bezug auf die Überwindung der Folgen der COVID-19-Pandemie zu identifizieren und zu untersuchen; dies beinhaltet auch Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze der Bevölkerung insgesamt sowie einzelner Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt in besonders hohem Maße gefährdet sind;
 7. gemeinsame Lösungen und Reaktionsmaßnahmen an Stelle von rein nationalen Ansätzen zu entwickeln, die umfassende grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Koordinierung auszubauen und Mobilität und Handel insbesondere in Grenzregionen zu fördern;
 8. die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie in die Diskussionen einzubeziehen und die Notwendigkeit anzuerkennen, die verschiedenen, von den Regierungen der Staaten der Ostseeparlamentarierkonferenz beschlossenen wirtschaftlichen Rettungspakete zu erfassen, um die unterschiedlichen Strategien zu einem späteren Zeitpunkt zu vergleichen;
 9. einen Neustart zu fördern und zu unterstützen, bei dem Unternehmen, wirtschaftliche Tätigkeit und Arbeitsplätze gesichert werden;

im Hinblick auf die Bewahrung unserer Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen

10. Innovationen in Bezug auf den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Ostsee auch weiterhin zu unterstützen, um die Biodiversität der Meere zu schützen;
11. die Ostsee auch weiterhin als internationales Gewässer anzuerkennen und die Navigationsfreiheit und den Schutz der Umwelt zu gewährleisten;
12. die nationalen und internationalen Maßnahmen zur Reduzierung der Einleitung von Nährstoffen in die Ostsee fortzuführen und auszubauen;
13. die kontinuierliche Überwachung und Analyse des Zustands des Ökosystems der Ostsee entsprechend den Anforderungen des Espoo-Übereinkommens zu gewährleisten und erneut darauf hinzuweisen, dass umfassende Projekte, die größere Auswirkungen auf die Ökosysteme in der Ostseeregion haben, die Verpflichtungen einhalten müssen, die sich aus den einschlägigen internationalen Verträgen und Übereinkommen ergeben, beispielsweise dem Espoo-Übereinkommen und dem Helsinki-Übereinkommen;

14. sich dafür auszusprechen, dass der HELCOM-Vorsitz – auch vor dem Hintergrund der sozio-politischen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie – die Ziele der ausdrücklichen Berücksichtigung der Aspekte der Nachhaltigkeit, Klimarelevanz und Biodiversität sowie Eignung im Rahmen der Aktualisierung des Ostsee-Aktionsplans und künftiger HELCOM-Beschlüsse verfolgen und – entsprechend den Aufforderungen seitens der Ostseeparlamentarierkonferenz zum Handeln – nicht nur den Ostsee-Aktionsplan zu aktualisieren, sondern auch dessen Umsetzung sichtbar voranzutreiben und zu intensivieren, nach Kräften zusammenzuarbeiten, um die übermäßige Nährstofflast in der Ostsee zu reduzieren, sowie sich für ein weiteres Ministertreffen im Jahr 2021 einzusetzen;
15. die Prioritäten des deutschen HELCOM-Vorsitzes in Bezug auf die Intensivierung der Maßnahmen zur Überwachung und Behandlung des Problems von versenkter Munition, Schiffwracks und Geisternetzen in der Ostsee im Rahmen eines gemeinsamen internationalen Ansatzes anzuerkennen, der die vorhandenen nationalen und internationalen Maßnahmen und Zuständigkeiten unterstützt; darüber hinaus die vorhandenen politischen Strukturen und wissenschaftlichen Projekte zu stärken, auch um die Ostseeregion zu einem weltweit führenden Problemlöser in Bezug auf versenkte Munition und Munitionsaltlasten unter Wasser sowie im Bereich Schiffswracks und Geisternetze zu machen;

im Hinblick auf die Entwicklung der Digitalisierung

16. in geeigneten Bereichen die e-Gesundheit mit umfassenden Maßnahmen zu fördern, damit die allgemeine Gesundheitsfürsorge in Pandemiesituationen so weit wie möglich aufrechterhalten werden kann;
17. den Ausbau digitaler Fähigkeiten und Ressourcen zu fördern, um die persönliche Interaktion in der Ostseeregion zu stärken und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren, vor allem für den Fall, dass die Möglichkeiten für persönliche Kontakte weiterhin eingeschränkt bleiben;
18. die Entwicklung und Schaffung einer vertrauenswürdigen und sicheren digitalen Infrastruktur sowie den Ausbau der Digitalisierung in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Forschung und Verwaltung zu stärken und gleichzeitig das Ziel zu verfolgen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie weitere grenzüberschreitende Kontakte zu erhöhen;

im Hinblick auf Migration und Integration

19. zu versuchen, die Verfahren in Bezug auf (1) die Rückkehr, (2) die Bearbeitung von Asylanträgen und (3) die Aufnahmestandards für minderjährige Asylbewerber zu harmonisieren und dabei gleichzeitig sowohl nationale als auch menschen- und grundrechtliche Erwägungen zu berücksichtigen;
20. multinationale Zusammenarbeit und Koordination anzustreben, um unerwünschte Entwicklungen wie Arbeitskräfteknappheit und -überschüsse auszugleichen;
21. bestmögliche Verfahren für die Unterstützung der Beschäftigung und Integration von besonderen Gruppen von Einwanderern, die eines besonderen Schutzes bedürfen, zu verbreiten und umzusetzen;
22. den vielfältigen Charakter der Integration (d. h. in Bezug auf Arbeitsmarkt, Sprache, soziale Beziehungen, kulturelle Akkommodation usw.) anzuerkennen. Dieses Verständnis sollte auch auf der Ebene der Gesetzgebung und auf politischer Ebene in die Praxis umgesetzt werden;
23. die öffentlichen Maßnahmen zu straffen und Ressourcen zuzuweisen, um wünschenswerte Arbeitsbedingungen unter den nichtstaatlichen Organisationen und informellen Netzwerken zu fördern, die die soziale und arbeitsmarktbezogene Integration von Migrantinnen unterstützen;
24. die Bedeutung der Zivilgesellschaft und nichtstaatlichen Organisationen bei der Förderung der Integration anzuerkennen, wobei Sportvereine ein Beispiel für Organisationen sind, die eine wichtige, einigende Rolle bei der Integration spielen und Menschen helfen, sich in die Gesellschaft einzufügen, Menschen aktivieren und neue Gruppen von Menschen zusammenbringen;
25. gute Beziehungen innerhalb der Gesellschaft und Diversität zu fördern. Diese Maßnahmen können Informationskampagnen, die Durchführung von Veranstaltungen und eine Wohnungspolitik beinhalten, die verschiedene Wohngebiete fördert;
26. das Konzept der Drei-Wege-Integration in Gesetzgebung und Politik anzuerkennen und eine Politik zu formulieren, die jeden Aspekt der Funktionsfähigkeit des Drei-Wege-Integrationsmodells verbessert;

27. umfassendere Daten auf lokaler Ebene über soziale, wirtschaftliche sowie beschäftigungs- und bevölkerungsbezogene Trends in der Ostseeregion zusammenzustellen, die die Migration und damit zusammenhängenden politischen Gestaltungsprozess unterstützen werden;
28. die entsprechenden Migrations- und Integrationsprojekte, darunter auch das geplante Leuchtturmprojekt zum Thema „Potenzial erkennen – Die Integration von Migranten ermöglichen“, im Rahmen des kommenden Aktionsplans zur EU-Ostseestrategie ab 2021 frühzeitig politisch zu unterstützen;
29. in Bezug auf die weltweiten Entwicklungen im Frühjahr 2020 und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die COVID-19-Pandemie sowie die Folgen und durch die COVID-19-Pandemie verursachten Belastungen eine vorübergehende Neubewertung unserer Reaktion auf andere Probleme und Herausforderungen erfordern, folgende Grundsätze zu berücksichtigen:
 - a) die Themen Migration und Integration müssen nach wie vor hohe Priorität genießen;
 - b) die Migration in der Ostseeregion, in Europa und weltweit ist und bleibt ein sehr wichtiges Thema für die Länder und wird auch in Zukunft zu beispiellosen humanitären, wirtschaftlichen, sicherheitsbezogenen und politischen Herausforderungen führen;
 - c) die internationale Zusammenarbeit – auch in der Ostseeregion – muss in diesem politischen Bereich weiter gestärkt werden;
 - d) die Frage der unbegleiteten Minderjährigen und besonders gefährdeten Gruppen muss stets im Mittelpunkt der Politik stehen;
30. die Institutionen und Projekte zu bewahren und weiterzuentwickeln, die in vielen Ländern der Ostseeregion infolge des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015 und 2016 ins Leben gerufen wurden und die einen entscheidenden Beitrag zur verbesserten Integration geleistet haben, um dem künftigen Bedarf in diesem Bereich besser gerecht werden zu können;
31. die Unterstützung für kommunale Behörden von Seiten der staatlichen Ebene bei dieser Aufgabe beizubehalten und auszubauen, da sie auf lange Sicht die Hauptverantwortung im Zusammenhang mit der nachhaltigen Integration und Umsetzung der langfristigen Integrationsmaßnahmen tragen;
32. erfolgreiche Beispiele für bewährte Verfahren in anderen Ostseeanrainerstaaten aufzugreifen (einige von ihnen werden im Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz 'Migration und Integration' genannt), sofern sie in die jeweiligen rechtlichen und strukturellen Rahmen eingebunden werden können.

Ferner beschließt die Konferenz,

33. für den Zeitraum von zwei Jahren – auf der Grundlage der Beschlüsse des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz – eine Arbeitsgruppe „Klimawandel und Biodiversität“ einzusetzen, die sich insbesondere mit der Notwendigkeit gemeinsamer und grenzüberschreitender, durch Zusammenarbeit verbesserter Lösungen zum Schutz der Biodiversität befasst, die der gesamten Ostseeregion eigen ist, und mit der Abschwächung der Auswirkungen des Klimawandels mit besonderem Schwerpunkt auf
 - den Status der Maßnahmen und Strategien in Bezug auf den Klimawandel und die Biodiversität in der Ostseeregion;
 - bestmögliche Verfahren zur Befassung mit den miteinander verknüpften Herausforderungen der Biodiversität und des Klimawandels mit besonderem Schwerpunkt auf der Ostsee;
 - Innovationen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Schutz der Biodiversität;
 - Anpassung an den Klimawandel und Herausforderungen für Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft;
 - Gewährleistung effizienter und umweltverträglicher Verkehrs- und Energieversorgungslösungen;wobei sich ihre Aufmerksamkeit auf die umweltbezogene Seite des Klimawandels und der Biodiversität sowie auf Innovation, Technologie und weitere wirtschaftliche Aspekte richtet;
34. das freundliche Angebot des schwedischen Parlaments, die 30. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 31. August 2021 in Stockholm auszurichten, zu begrüßen.

